

Antworten auf die Wahlprüfsteine vom Bundesbündnis Bodenschutz anlässlich der Bundestagswahl 2021



1) Setzen Sie sich für eine gesetzliche Regelung zur Begrenzung des Flächenverbrauch in Deutschland und Europa ein?

Ja, unter anderem durch die Streichung des erleichterten Bauens im Außenbereich nach §13b Baugesetzbuch.

2) Setzen Sie sich als Zwischenziel auf dem Weg zum Netto-Null Verbrauch für eine verbindliche Halbierung des Flächenverbrauchs in Deutschland in den nächsten 5 Jahren ein?

Ja. Wir wollen den Flächenverbrauch deutlich vor dem Jahr 2030 auf unter 30 Hektar am Tag reduzieren.

3) Um den Wettbewerb um neue Gewerbeflächen zu entschärfen, müsste die Verteilung von Gewerbesteuererinnahmen gesetzlich geändert werden. Kommunen, die ohne Verbrauch neuer Gewerbeflächen auskommen, sollten besonders belohnt werden. Unterstützen Sie diesen Ansatz?

Nein. Die Gewerbesteuer ist ein wichtiges Instrument der Kommunalfinanzierung, das wollen wir erhalten. Den Flächenfraß werden wir schnell und wirksam mit anderen Instrumenten bekämpfen.

4) Der ökologische Ausgleich für Flächenverluste erfolgt derzeit gar nicht bzw. in fragwürdiger Weise. Setzen Sie sich dafür ein, dass für den Verlust des Schutzgutes Boden ein vollständiger Ausgleich durch Entsiegelung anderer Flächen verlangt wird?

Ja. Unser Ziel ist eine Flächenkreislaufwirtschaft, so dass für eine neu für Siedlungs- oder Verkehrswege in Anspruch genommene, versiegelte Fläche ortsnah entsiegelt wird.

5) Wenn Sie abwägen zwischen Ausweisung von Feldflur für neue Gewerbeansiedelungen oder Erhalt der lokalen landwirtschaftlichen Flächen, was hat für Sie Priorität?

Ziel ist eine Nettoneuversiegelung von 0. Wie das hohe Gut Flächenschutz im Einzelfall umgesetzt wird, muss im Rahmen der kommunalen Planungshoheit vor Ort entschieden werden.

6) Trotz vorhandenem Innenraumpotential und verbreitetem Leerstand werden täglich neue Baugebiete ausgewiesen. Setzen Sie sich dafür ein, dass die Ausschöpfung von Leerstandsreserven Voraussetzung für die Ausweisung neuer Baugebiete wird.

Ja, das soll viel stärker als heute in die Abwägung einfließen. Dafür sehen wir auch finanzielle Anreize und rechtliche Erleichterungen für die Nutzung innerörtlicher Flächen vor.

7) Wenn wir in diesem Tempo weiterhin Flächen verbrauchen, gibt es in 75 Jahren keine landwirtschaftlichen Flächen mehr. Was löst diese Aussage bei Ihnen aus?

Wir müssen deutlich vor 2030 auf unter 30 Hektar Flächen-Neuinanspruchnahme am Tag kommen, dazu den Flächenfraß im Sinne einer Flächenkreislaufwirtschaft mittelfristig auf Netto Null reduzieren.

8) Setzen Sie sich für die Streichung des § 13b BauGB (Bauland-Offensive) ein?

Ja.